

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 12/52. Jahrgang

Dezember 2021

Schutzgebühr: 0,40 €

Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage

„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht“, so Friedrich Engels 1873. An der Aktualität dieser Losung hat sich nichts geändert.

Der Sozialwohnungsbestand belief sich in den 1980ern auf 4 Mio. und sank bis 2017 auf 1,2 Mio. Wohnungen. Ursachen sind vor allem rückläufige staatliche Förderpolitik sowie das Auslaufen der Sozialbindung. Mit Ablauf der Sozialbindung werden Sozialwohnungen zu normalen, freifinanzierten Wohnungen.

Die Dominanz des weltweiten Finanzmarktkapitalismus führt zur stärkeren Konzentration der Spekulation auf Immobilien. Der Bodenpreis stieg in München von 1950 bis heute um 36.000 Prozent. Jeder



Siehe Art 14 Abs. 2 Grundgesetz:
Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

zehnte Großstadthaushalt gibt inzwischen mehr als die Hälfte des verfügbaren Einkommens für Miete aus. Kommunale Wohnungsgesellschaften wurden nach Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit zu profitorientierten Unternehmen, was häufig dazu führte, dass Wohnungen verkauft wurden. So verkaufte auch der ehemalige Staatskonzern Deutsche

Bahn seine Wohnungen überwiegend an die Deutsche Annington (heute Immobilienkonzern Vonovia). Diese sieht in den übernommenen Beständen vor allem Objekte der Profitmaximierung. Derzeit verfügen die großen börsennotierten Wohnungsbaukonzerne über mehr als 950.000 Wohnungen. Dies sind zwar bundesweit nur 4,1% aller Mietwohnungen; in einzelnen Städten beläuft sich dieser Anteil allerdings auf 10 bis 20, in Berlin sogar auf 25%. Von den 21,2 Mio. Mietwohnungen befinden sich 43% im Besitz von Privatpersonen, 34%

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Proteste am UKGM / Kreiskonferenz	S. 2
Pressekonzentration / Profite vor Menschenleben	S. 3
Verkehrswende / Leserbrief nur per Mail / Rechenkünstlerin	S. 4
Denkmalpreis / Ehrung Ria Deeg / 9. November	S. 5
Klimakonferenzen / Klima und Kernkraft	S. 6
Corona-Profite / Lukaschenko / Hybrider Krieg	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / FreeElla	S. 8



Wir gratulieren der Gießener Frauenärztin Kristina Hänel

In ihrem aufopferungsvollen, mutigen und langjährigen Kampf hat sie gemeinsam mit vielen Mitstreiterinnen erreicht, dass §219a durch die Bundesregierung abgeschafft werden soll. Viele Frauen können jetzt wieder

öffentlich beraten und informiert werden. Damit ist ein jahrzehntelanger Kampf gegen Widerstände von religiösen Eiferern, Faschisten und reaktionären Kräften beendet.

M.B.

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Fortsetzung von Seite 1

von Unternehmen und 23% von Gemeinschaften von Wohnungseigentümern. Wie in allen mittleren Städten dominiert in Gießen der private Immobilienbesitzer.

Allerdings ist auch Vonovia vertreten, weil sie die Wohnungen der Bundesbahn erworben hat. Die Rolle, die Kai Laumann in Gießen spielen kann, resultiert aus dem Umstand, dass Immobilien sich überwiegend in Privateigentum befinden. Auch das Scheitern der Mietpreisbremse in Berlin macht deutlich: Nur eine Überführung von Immobilien in öffentliches Eigentum wird kostengünstigen Wohnraum möglich machen. Der erste notwendige Schritt hierzu ist die entschädigungslose Enteignung von Wohnungskonzernen.

Henning Mächerle

**Gesundheit stärken
statt Grundrechte
schwächen**

DKP

Uniklinikum: Tausende protestieren

Die Proteste gegen die Zustände am privatisierten Uniklinikum Gießen/Marburg (UKGM) werden heftiger. Eine Initiative, die die Rückführung der Kliniken in gesellschaftliches Eigentum fordert, überreichte in Wiesbaden eine von 18.000 Menschen unterschriebene Forderung an die Landesregierung. Ärzte einzelner Bereiche, wie Kinderklinik und Kinderherzzentrum, schickten Brandbriefe (schriftliche Appelle) an die Ministerien, immer mehr Zeitungsberichte und Leserbriefe beschreiben die Missstände. Alle danken den überforderten Belegschaften für ihre aufopfernde Arbeit und bestätigen, dass allein der vom Betreiber, der Rhön Kliniken AG, verursachte Personalmangel Ursache der Misere ist.

Das Personal muss, entgegen der Regelung im Krankenhausfinanzierungsgesetz (Investitionen

in Kliniken muss die Landesregierung bezahlen), mit seiner Arbeit nicht nur einen großen Teil der Investitionen, sondern auch großzügige Dividenden für die Aktionäre erwirtschaften. Die für die Gesundheitsversorgung im Land zuständigen Ministerien hüllen sich jedoch in Schweigen. Die an der Verantwortung maßgeblich beteiligten Grünen waren vor ihrem Regierungseintritt noch Gegner der Privatisierung – seit sie mitregieren, tun sie nichts für eine Verbesserung. Wie bei Straßenbau, der Flughafenerweiterung, dem Umgang mit Emigranten und vielen anderen Fragen lassen sie zu, dass die CDU ihre reaktionäre Politik durchsetzt. Nur starke Bewegungen aus der Bevölkerung können dazu beitragen, dass die Zukunft in Hessen nicht ganz schwarz wird.

G.L.

Keine Pause für den Klassenkampf

Auf ihrer Kreiskonferenz am 28.10. im Bürgerhaus Rödgen blickte die DKP Gießen auf zwei arbeitsreiche Jahre zurück. Trotz zweier Rücktritte im Kreisvorstand ist es uns gelungen, den vor zwei Jahren beschlossenen Arbeitsplan weitgehend zu erfüllen. Vor allem unser Aushängeschild, das Gießener Echo, erschien trotz Wechsel in der Redaktion regelmäßig und in vergrößerter Auflage (9.000 monatlich) und fand durch Verteilung und Versenden an Abonentinnen und Abonnenten zu den Menschen. Die Themen darin spiegelten die Arbeitsfelder der Partei wider: Kampf gegen Sozialabbau, Unrecht am Arbeitsplatz, Missstände am Uniklinikum und im Gesundheitswesen allgemein, Wohnungsmangel und Mietwucher, Internationale Solidarität, Völkerverständigung und Frieden mit Russland und China. Was im Echo stand, vertraten wir mit Bündnispartnern auch in der Praxis.

Nach dem im März 2020 verhängten *Lockdown* waren wir mit die ersten, die nach dem beim Verfassungsgericht erkämpften

Ende des totalen Demonstrationsverbotes auf der Straße waren. Am Internationalen Frauentag am 8. März, am traditionellen Kampftag der Arbeiter am 1. Mai und am 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai demonstrierten wir mit vielen anderen. Auch am Jahrestag des ersten Atombombenabwurfs durch die US-Armee am 8. August und dem Antikriegstag am 1. September wurden mit unserer Unterstützung Demonstrationen oder Kundgebungen durchgeführt.

Auch unsere Bildungs- und Gruppenabende konnten wir nach kurzer Unterbrechung wegen der Pandemie regelmäßig anbieten. Als kleinen Ersatz für die abgesagten großen Feste der DKP-Zeitung „Unsere Zeit“ luden wir zu gut besuchten Sommerfesten auf einem Grillplatz ein. Beim Kommunalwahlkampf 2021 reichten wir gemeinsam mit der Partei „Die Linke“ und dem Linken Bündnis als „Gießener Linke“ einen Wahlvorschlag ein. Diese Liste zog mit fünf Sitzen, darunter unser Mitglied

Martina Lennartz, in die Stadtverordnetenversammlung ein. Bei der Bundestagswahl kandidierten Erika Beltz und Henning Mächerle auf der DKP-Landesliste, H. Mächerle auch als Direktkandidat. Im Wahlkampf waren wir mit Plakaten, Infoständen und schriftlichen Materialien deutlich sichtbar. Ein Angriff des Bundeswahlleiters, der uns den Parteienstatus und das Recht zur Kandidatur absprechen wollte, wehrten wir durch eine Klage beim Verfassungsgericht ab. Das Wahlergebnis war, trotz leichter Stimmzugewinne, leider schlechter als erhofft.

Nach solidarischer Diskussion des Rechenschafts- und des Kassenberichtes wurden Kreisvorstand und Kassierer einstimmig entlastet, den vorgelegten Arbeitsplan haben wir einstimmig angenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes entschloss sich die Versammlung zur Wahl eines Sprecherrates mit vier Mitgliedern. Einstimmig bzw. mit großer Mehrheit wurden Michael Drees, Martina Lennartz, Gernot Linhart und Henning Mächerle gewählt.

Gießener Pressekonzentration

In Gießen verkauft die Verlagsgruppe Rhein Main (VRM), eine der größten deutschen Tageszeitungsgruppen, den „Gießener Anzeiger“ an die „Mittelhessische Druck- und Verlagsgesellschaft“, die zur „Zeitungs-holding Hessen“ und damit zur „Ippen-Gruppe“, zur fünfgrößten Zeitungsgruppe Deutschlands gehört. Somit stehen der "Gießener Anzeiger" und die „Gießener Allgemeine Zeitung“ unter einer Regie. Zu Ippen gehören weiterhin die „Frankfurter Rundschau“, die "Frankfurter Neue Presse", die "Hessische/Niedersächsische Allgemeine" und viele weitere. Damit geht wieder ein Stück Pressevielfalt in unserer Gegend verloren.

Bereits im Mai 1965 schrieb der konservative Journalist Paul Sethe in einem Leserbrief: „Im

Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig, ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung (...) Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben, immer kleiner. Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher (...) Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten“

Auch die Gewerkschaft *Verdi* sieht die Transaktionen zwischen dem Ippen-Verlag und der VRM kritisch. Sie fordert Zusagen für den dauerhaften Erhalt der Arbeitsplätze in allen betroffenen Verlagen.

M. Berger



Profite vor Menschenleben –

die Situation für obdachlose Menschen in Gießen verschärft sich!

Trotz des großen Anteils an Wohnungslosen in Deutschland gibt es aktuell keine statistische Erfassung dessen. 2018 schätzte man die Anzahl auf 700.000. Wer von diesen Menschen nicht bei Bekannten oder langfristig in Einrichtungen unterkommen kann, gilt als obdachlos. Im ersten Pandemiewinter 20/21 sind 23 von ihnen auf der Straße erfroren, fast doppelt so viele wie im Jahr zuvor. In Gießen selbst sind etwa 200 Menschen von akuter Wohnungslosigkeit betroffen. Die Schließung von Hilfseinrichtungen zur Pandemiebekämpfung hat zusätzlich zu einer Verschärfung dieser Situation geführt.

Wohnungslosigkeit ist kein Einzelfall und auch kein individuelles Problem. In der Ludwigstraße 50 (im Besitz von Kai Laumann) wurde eine Person trotz nachgezahlter Miete auf die Straße gesetzt, bei gleichzeitigem Leerstand einer ganzen Etage. Jede:r kann also von Obdachlosigkeit betroffen werden.

Zum Frühjahr kommenden Jahres wurde der "Brücke", einer der Anlaufstellen für wohnungslose Menschen, der Mietvertrag gekündigt.

Die Stadt sieht sich nicht in der Lage und Verantwortung, der Einrichtung geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Einrichtungen, die versuchen, das Leid von wohnungslosen Menschen abzufangen, werden allein gelassen. Die Prioritäten



der Stadt liegen woanders - die Oberbürgermeisterin zeigt sich stattdessen strahlend mit Bauherrn Laumann bei der Eröffnung der Klarna-Niederlassung.

Weder Kommunalpolitiker:innen noch Gesetzgeber:innen auf Bundesebene haben anscheinend ein

Interesse daran, Menschen vor Obdachlosigkeit zu bewahren. Gesetze zur "ordnungsrechtlichen Unterbringungspflicht" sind so vage formuliert, dass es Auslegungssache der zuständigen Ordnungsbehörde ist, ob und wie sie Betroffenen helfen. Auf diese können wir uns nicht verlassen.

Deutschland ist ein Land, in dem es mehr Leerstand als obdachlose Menschen gibt. 2018 standen ca. 1,7 Mio. Wohnungen in der BRD leer. Durch diesen gewinnorientierten, spekulativen Leerstand erfrieren Menschen auf der Straße. Steigende Profite von Hausbesitzer:innen zählen in diesem Land offenbar mehr als ein Zuhause für jede:n. Wir müssen uns gegen eine Politik zusammenschließen, die diese menschenverachtende Vorgehensweise mitträgt und unterstützt.

Wir müssen uns solidarisch an die Seite derer stellen, die systematisch aus diesem Mietensystem ausgeschlossen werden. Kommt zum *Stadt für Alle*-Treffen und lasst uns gemeinsam gegen ein unmenschliches System kämpfen.


stadt fuer alle_giessen@web.de

Verkehrswende Gießen – mehr Worte als Taten?

Der Kommunalwahlkampf im März stand im Zeichen der Verkehrswende. Das setzte sich im Wahlergebnis und den anschließenden Koalitionsverhandlungen fort. Zwar gelangten fast alle Vorschläge in den Koalitionsvertrag (leider fehlt der Nulltarif für den ÖPNV), jedoch werden aus den Worten nur schwer auch Taten.


Zunächst wurde die ausstehende Bürgermeister*innenwahl vorgezogen, um die Fristen für die Umsetzung der Fahrradstraßen in der Innenstadt (drei Monate) und auf dem Anlagenring (sechs Monate) verstreichen zu lassen. Im Wahlkampf rückte der später gewählte SPD-Kandidat von weiteren Festlegungen (z.B. Philosophenstraße) ab, während sein Gegenkandidat seine Nieder-

lage mit typisch grüner Blindheit für soziale Fragen vorbereitete.

Dann präsentierte die Stadtverwaltung ihren Vorschlag zum Anlagenring und wählte eine im Antrag nie erwähnte, aber fürs Radeln unpraktische und gefährliche Variante. Verkehrswendeaktivist reagierten und entwickelten ihren Vorschlag zum Anlagenring weiter (<https://anlagenring.siehe.website> ) . Dieser wurde anschließend in einer digitalen Agendagruppensitzung präsentiert, was zum Appell an die Stadt führte, neu nachzudenken.

Währenddessen füllten sich Unterschriftenlisten für eine RegioTram, die eingereicht werden sollen, sofern die Stadt nicht selbst agiert. Darüber wird zurzeit verhandelt. Gegen die im

Koalitionsvertrag beschlossene Fahrradstraße "Philosophenstraße" sammelten CDU, freie Wähler und SPD in Wieseck ebenfalls Unterschriften – bemerkenswert angesichts dessen, dass die Verbannung der Autos von ihnen Anfang der 90er Jahre selbst gefordert wurden war. Ein leeres Versprechen. Gleichberechtigung von Auto und Rad (O-Ton Freie Wähler-Chef) in Wieseck heißt: 100% Auto, 0% Fahrrad.

Im Oktober 2018 haben Gießener Verkehrswende-Initiativen ihren Verkehrswendeplan (<https://giessen-autofrei.siehe.website> ) vorgelegt. Er hat viele Diskussionen und einige Beschlüsse ausgelöst. Doch passiert ist bislang kaum etwas.

Jörg Bergstedt

Leserbriefe nur noch per Mail versenden?

Dem „Gießener Echo“ sind Berichte bekannt geworden, dass Leserbriefe, die per Hand oder Schreibmaschine an die Leserbriefredaktionen der Gießener Zeitungen „GA“ und „GAZ“ versendet werden, der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich gemacht werden.

Wer also keinen Verwandten oder Bekannten hat, der E-Mails schreiben oder versenden kann, bleibt auf der Strecke. Dies ist eine Altersdiskriminierungsdelikt! Ältere Menschen haben ja eventuell einen PC. Ihnen fällt aber das Schreiben oder Versenden von Emails nicht leicht.

Werner Ortmüller (PdL), der auch Mitglied des Kreisseniorenbeirats ist, vermutet, dass diese oben genannte Vorgehensweise auch mit der Konzentration im Gießener Pressebereich zu tun habe. Ortmüller erklärte dem Gießener Echo: „Über 45 Jahre habe ich Presseartikel, Leserbriefe und Tuschezeichnungen an beide Gießener Tageszeitungen versandt. Ich habe sicherlich auf diese Weise auch ein Stück Gießener Stadtgeschichte geschrieben, ohne irgendein Honorar zu verlangen. Nun, im Spätkapitalismus zählt ein solches Engagement so gut wie nichts!“



UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>



Rechenkünstlerin wird belohnt

Traurige Berühmtheit erlangte Gerda Weigel-Greilich (grüne Ex-Bürgermeisterin, Stadträtin), als sie vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Abrechnung der "Unterführung Bootshausstraße" brutto mit netto „verwechselte“. Nun wurde sie neue Vorsitzende im Finanzausschuss des Hessischen Städtetages.

E. L.

Denk-mal lieber, Magistrat!

Ein Aussichtsturm ist etwas Feines: Man bekommt einen Überblick und kann sich in die Höhe schwingen. Kritisch wird es, wenn die Aussicht durch den Namensgeber verschandelt wird.

Der Denkmalpreis 2020 wird dieses Jahr rückwirkend vom Magistrat an den „Förderverein Bismarckturm“ vergeben. Hier sollen nicht die Verdienste des Vereins bei einer aufwändigen Renovierung geschmälert werden.

Aber ausgerechnet „Bismarck“? Da war doch was!

Von 1871-1890 verfolgte Bismarck eine Politik der Unterdrückung der aufstrebenden Arbeiterklasse.

Die Einführung der Rentenversicherung diente ihm dazu, den Forderungen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit und besseren Arbeits- und Lebensbedingungen die Grundlagen zu entziehen. Der Name „Bismarck“ ist verbunden mit der kolonialistischen Politik

des beginnenden Imperialismus im Kampf der Großbourgeoisie um „den Platz an der Sonne“. Der Kampf um Absatzmärkte, um Rohstoffe sowie Stützpunkte für Handel und Militär forderte Millionen Tote und Afrika wurde unter den imperialistischen Mächten unter seiner Führung aufgeteilt.

Zur politischen Absicherung dieser Politik beschloss die preußische Regierung das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“. Sozialistische, sozialdemokratische und kommunistische Vereine, Versammlungen und Schriften wurden verboten.

Herrschende Wirtschaftskreise erhofften sich eine Schwächung der erstarkenden Arbeiterbewegung durch eine Auswanderungskampagne.

Da wird jemand geehrt, der mit den Sozialistengesetzen alle Sozialdemokraten und Kommu-

nisten gnadenlos verfolgt, ins Exil oder in den Selbstmord getrieben hat – ohne, dass ein Gießener SPD-Mitglied lauthals widerspricht.

Nein – Bismarck ist für normale Menschen nicht ehrungswürdig.

M. Berger



Lieber Magistrat, liebe Stadtverordnete von SPD und Grünen,

Ehre, wem Ehre gebührt! Fällt es euch wirklich so schwer, Ria Deeg zu ehren - eine Frau und Kommunistin, die zweifellos weitaus höhere Verdienste für Gießen leistete als ein Kanzler Bismarck - der mit seinen Sozialistengesetzen viele Mittelhessen aus Gießen vertrieb? Und die auch kein schwülstiges Denkmal braucht, das von einem Förderverein mit erheblichem Aufwand restauriert und erhalten werden muss. Denn Bescheidenheit war eines ihrer Prinzipien.

Und Prinzipien hatte sie: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg, kein Kolonialismus, keine Sklaverei, keine Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Ausbeutung und Ausnutzung auf den Müllhaufen der Geschichte!“ Genau das Gegenteil von dem, was ihr im Zuge des „Denkmalpreises“ mitgeehrt habt.

Ria Deeg hat für ein Deutschland gekämpft, in dem Menschlichkeit vor Profit geht. Sie wurde dafür im Juli 1935 zu 38 Monaten Haft verurteilt. Danach stand sie unter Hausarrest und durfte die Stadt nicht verlassen.

Nach dem Faschismus wurde sie Leiterin der „Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte“ in Gießen. Sie berichtete als Zeitzeugin vor Schulklassen und Organisationen über ihre Erfahrungen. Dies kann in ihrem autobiographischen Bericht „Signale aus der Zelle“ nachgelesen werden (zu bestellen bei giessen@dkp.de).

Je länger ihr mit einer Ehrung wartet, umso peinlicher wird euer Schweigen. Einer Antifaschistin die Anerkennung zu verweigern, heißt heutzutage stillschweigend den Rechtsradikalismus zu dulden. Setzt endlich ein deutliches Zeichen!

MaBe



Mahngang 9. November

250 Antifaschist:innen trafen auf dem Rathausplatz zusammen, um an die Reichspogromnacht von 1938 zu erinnern und zu mahnen. Im Zuge des Mahngangs hielten die Demonstrant:innen Redebeiträge an Orten, die im historischen Bezug zu den Novemberpogromen und den Verbrechen der Faschisten stehen. Am Ende versammelten sich die Teilnehmer:innen an der Kongresshalle, wo einst die Gießener Synagoge stand, und sangen gemeinsam „Die Moorsoldaten“, ein Lied, das 1933 von Häftlingen des Konzentrationslagers Börgermoor bei Papenburg im Emsland geschrieben worden ist.

Die DKP forderte auf einem Transparent, dass die Stadt Gießen endlich die Gießenerin Ria Deeg (1907 – 2000) sichtbar ehren sollte. Die Kommunistin hatte unter größtem Einsatz ihres Lebens Widerstand gegen die Faschisten geleistet.

M.L.

Klimakonferenzen – gut fürs Klima?

Die Medien gaukeln uns vor, auf Klimakonferenzen würden die Mächtigen der Welt ernsthaft beraten, wie der Klimawandel gestoppt werden könnte. In der Realität sind sie genauso wie G7- und G20-Gipfel Teil des imperialistischen Welt-systems und dienen dazu, die Bevölkerung ruhigzustellen. Dazu werden schöne Reden gehalten und Versprechungen für die Zukunft gemacht. Ab 2030 dürfen z. B. keine Regenwälder mehr abgeholzt werden – aber wird es dann noch viel davon geben? Irgendwann soll aus der Kohle ausgestiegen werden – aber nur, wenn es die Profitinteressen der Konzerne nicht schmälert.

Der Kapitalismus setzt weiter auf Wachstum, d.h. mehr Produktion, mehr Transporte – und damit mehr Ressourcenverbrauch. Doch dieses

Wachstum ist endlich. Freihandelsabkommen zwingen die Länder des Südens, weitere Flächen zu erschließen, um Agrar- gegen teure Industrieprodukte zu tauschen – wodurch ihre Entwicklung erschwert wird. Würde die Weltwirtschaft tatsächlich entkarbonisiert, hätten Kohle, Erdöl und Erdgas keinen hohen Wert mehr. Faktisch wird aber weiter danach gesucht, wobei es starke Konkurrenz bis hin zu Militäreinsätzen gibt.

Lokale Aktionen wie „XYZ klimaneutral bis 2035“ geben ein Beispiel. Die Erderwärmung verringern werden sie kaum. Um etwas zu ändern, müsste die kapitalistische Produktionsweise überwunden, die internationale Zusammenarbeit gestärkt und weltweit abgerüstet werden. Zwei Billionen Euro fließen jährlich in die Rüstung. Die besten

Techniker und Wissenschaftler arbeiten nicht an der Verhinderung der Erderwärmung, sondern an effektiveren Waffen.

Um das zu begründen, werden die Menschen gegeneinander aufgehetzt. Politiker und Medien bezeichnen Länder wie China und Indien als „Klimasünder“. Beide haben mehr als 15 mal so viele Einwohner wie Deutschland, weswegen sie natürlich auch mehr CO₂ produzieren. China ist es gelungen, Wirtschaftswachstum ohne zusätzlichen Ausstoß von Klimagasen zu gestalten – wenn das weltweit so wäre, wären wir einen Schritt weiter. Würden alle Länder pro Person so wenig CO₂ ausstoßen wie Indien, gäbe es kein Klimaproblem.

Die Erderwärmung wurde von den Industrieländern verursacht. Die Dekarbonisierung darf jetzt nicht dazu führen, dass in industriell wenig entwickelten Gebieten die Elektrifizierung, die Entwicklung der eigenen Industrie oder der Kampf gegen Armut und Hunger behindert werden. Industrieländer müssen diesen Staaten ermöglichen, ihren Aufbau ohne weiteren CO₂-Ausstoß zu gestalten. Die 100 Milliarden Dollar jährlich, die auf der Klimakonferenz dafür versprochen (aber nie erreicht) wurden, reichen dafür nicht aus. **Das System ändern – nicht das Klima – für diese Forderung muss viel intensiver gekämpft werden.**

Gernot Linhart



Klima und Kernkraft

Auf der Klimakonferenz in Glasgow kam die Forderung auf, die Kernenergie als klimaneutral und nachhaltig einzustufen. Die EU hat das schnell aufgegriffen und will Bau und Entwicklung neuer Reaktoren aus Fördermitteln für erneuerbare Energie unterstützen. Manche Jugendliche sind darauf reingefallen. Sie haben die Katastrophe von Tschernobyl nicht erlebt, die von Fukushima kaum mitbekommen, die heftigen Kämpfe um Reaktorstandorte, Atommülllager und Wiederaufbereitungsanlagen sind für sie Erzählungen aus der Vergangenheit – während die Angst vor dem Klimawandel

und damit vor CO₂ allgegenwärtig ist. Die Atomlobby nutzt das aus und verharmlost die Gefahren der Kernenergie. Da ist von Reaktoren der 4. Generation die Rede, die angeblich sehr sicher seien und weniger radioaktiven Müll hinterlassen.

In Wirklichkeit kann davon keine Rede sein. Diese angeblich neuartigen Kraftwerke beruhen auf Ideen aus den 40er und 50er Jahren, die aber alle aufgegeben wurden, weil sie nicht funktionierten, zu teuer oder zu gefährlich waren. Kernenergie ohne stark radioaktive und langlebige Abfälle gibt es nicht und wird es nie geben. Man gaukelt uns

vor, Kernenergie sei kostengünstig. Sie ist jedoch nur rentabel und gar profitabel für die Betreiber, weil die Öffentliche Hand fast sämtliche Kosten trägt: Forschung und Entwicklung, Transport und polizeiliche Transportsicherung radioaktiver Materialien, Zwischen- und noch immer ungeklärte Endlagerung der strahlenden Abfälle, Haftung für Schäden. Müsste ein privatwirtschaftlicher Betreiber die vollen Kosten tragen, wäre nicht ein einziger kommerzieller Reaktor gebaut worden. Alles was an materiellen und geistigen Mitteln ausgegeben wird, fehlt für die Entwicklung besserer Alternativen.

Gernot Linhart

VERSCHWÖRUNGEN

**ETWA 1/3 DER MENSCHEN GLAUBT,
DASS GEHEIME MÄCHTE DIE WELT REGIEREN.
ALLERDINGS WISSEN SIE NOCH NICHT,
DASS DIESE **BÖRSENNOTIERT** SIND.**

Corona-Profite: 1000 US-Dollar pro Sekunde

Die Pharmakonzerne Pfizer, Biontech und Moderna machen mit ihren Impfstoffen märchenhafte Gewinne, 1.000 Dollar pro Sekunde, fast 90 Mio. Dollar jeden Tag. Trotz Verträgen mit ärmeren Ländern beliefern sie fast ausschließlich die reichen Industriestaaten, jeweils die Meistbietenden. Fünf Personen wurden zu Milliardären. Innerhalb eines Jahres häuften sie ein Vermögen von 35 Milliarden Dollar an.

Zusätzlich werden sie mit Orden und Auszeichnungen überhäuft – obwohl klar ist, dass die Entwicklung der Impfstoffe keine Einzelleistung war, sondern auf gesellschaftlicher Arbeit beruhte. Die Grundlagen wurden in Universitäten und öffentlichen Forschungseinrichtungen geschaffen. Es wird Zeit, dass die Patente für die Impfstoffe freigegeben werden, damit in allen Ländern genügend Impfstoffe zur Verfügung stehen.

G.L.



Leserbrief: Alles Lukaschenko?

„Das Militärbündnis steht bereit, die Verbündeten zu unterstützen und für Sicherheit zu sorgen.“ So zitiert der „Iserlohner Kreisanzeiger“ (IKZ) einen Vertreter der NATO. Daneben sehen wir Fotos von verstörten Menschen vor einem Stacheldrahtzaun. Waffenlose Menschen, die zu einem Spielball der Politik geworden sind. Ein perfider Diktator, namens Lukaschenko, soll Flüchtlinge an die EU-Außengrenze getrieben haben.

Eine EU, die sich immer wieder zu Menschenrechten bekennt, weist diese Menschen mit brutaler Gewalt zurück. Für wessen Sicherheit will die NATO hier also sorgen? Will sie Panzer an Polens Grenze

schicken? Belarus ein Ultimatum stellen? Die EU will die Sanktionen gegen Belarus verschärfen. Nur für die Menschen auf den Fotos und deren Sicherheit will offenbar niemand etwas tun. Die EU wäre nicht so erpressbar, wenn sich die Mitgliedsstaaten auf eine humane Flüchtlingspolitik einigen könnten. Und wenn sie den Worten „die Fluchtursache bekämpfen“ Taten folgen ließen. Notwendig wäre es den Schlepperbanden, die die Flüchtlinge u.a. aus Iran, Irak, Syrien, Afghanistan für viel Geld nach Belarus bringen, das Handwerk zu legen!

Uwe Moldenhauer

Wer führt hier eigentlich einen hybriden Krieg?

Die westlichen Regierungen und deren Medien beschuldigen den belarussischen Präsidenten Lukaschenko, Flüchtlinge als Waffen in einem „hybriden Krieg“ gegen die Europäische Union einzusetzen. Offensichtlich geht die EU davon aus, dass sie sich mit Weißrussland in einem Kriegszustand befinde.

In Wirklichkeit geschieht jedoch das Gegenteil. Die EU und die NATO instrumentalisieren das Schicksal einiger Tausend hilfloser Flüchtlinge, die sie an der belarussischen Grenze zu Polen und Litauen eingekesselt haben, um Weißrussland und Russland mit Krieg zu drohen.

Während Journalisten von der belarussischen Seite der Grenze aus berichten, ist die polnische Seite für

Journalisten gesperrt.

In einem Interview vom 10.11. mit der rechtskonservativen „Jungen Freiheit“ sprach der polnische Botschafter in Deutschland offen von einem möglichen Krieg zwischen den beiden Ländern und sprach davon, dass sich die Lage zuspitze und bald der erste Schuss fallen könne.

Wer bedroht hier wen?

Ein Vergleich hilft: Belarus verfügt über 45.350, Polen über 110.000 Soldaten.

Polen hat mittlerweile – zusätzlich zu den bereits vorhandenen Polizei- und Grenzschutzeinheiten – 20.000 Soldaten an der Grenze zu Weißrussland stationiert. Auch die Ukraine verlegt zusätzliche 8.500 Soldaten und Polizisten an die Grenze

zu Weißrussland und will für 560 Mio. Euro eine Grenzbefestigung bauen.

Aber EU-Politiker werden nicht müde, Belarus kriegsartige Absichten zu unterstellen und eine humanitäre Katastrophe heraufzubeschwören.

Belarus mag ein Transitland für Flüchtlinge sein, aber es bricht dadurch keine Gesetze und die militärische Bedrohung geht von der EU und der verbündeten Ukraine aus. Die EU betont wiederholt, dass sie ein Hort der Menschenrechte sei und eine werteorientierte Außenpolitik betreibe. An Heuchelei ist dies nicht zu überbieten, denn einer der Hauptpunkte dieser "werteorientierten" Außenpolitik ist der Ausbau der Festung Europa.

Henning Mächerle

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt
Kampferstatue

Drei Wochen gratis.
Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Termine

Fragen und Anmeldungen an giessen@dgp.de

04.12.2021 ab 10:30 Uhr:

Infostand am Nordstadtzentrum

04.12.2021 um 14 Uhr:



Demo gegen Mietenwahnsinn, Berliner Platz, DKP und ARAG

18.12.2021 ab 19 Uhr:

Jahresabschlussfeier der DKP Gießen

08. und 09.01.2022:

Rosa-Luxemburg-Konferenz und LLL-Demo in Berlin ; wer mitfahren möchte, bitte melden!



19.01.2022 um 19 Uhr:

Veranstaltung "Der Machtkampf des Westens gegen China" mit Jörg Kronauer, freier Journalist mit den Themenschwerpunkten Neofaschismus und deutsche Außenpolitik



Redaktionsschluss für das Januar-Echo: Mi., 22. Dezember

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** lautete unsere Schlagzeile „Bänninger: Wer krank ist, fliegt!“. Einem Arbeiter wurde von der Geschäftsleitung mitgeteilt, dass er sich aufgrund mehrfacher krankheitsbedingter Abwesenheiten eine andere Stelle suchen solle. Als Reaktion darauf wurde in einem offenen Brief der verantwortliche Personalchef aufgefordert, sich die krankmachenden Arbeitsbedingungen in der Schleiferei anzusehen.

Vor **40 Jahren** plante der damalige CDU-Magistrat eine Tiefgarage unter dem Brandplatz. Dagegen bildete sich eine Bürgerinitiative. Die damaligen Forderungen der DKP ähnelten den heutigen Plänen zu einer Verkehrswende. Die CDU hat seitdem nichts dazu gelernt und will die Tiefgarage noch immer.

Auch vor **30 Jahren** verfolgten wir ein noch heute aktuelles Thema: Preistreiberei bei Waren,

Dienstleistungen und Gebühren. Solange es den Kapitalismus gibt, wird sich daran wohl nichts ändern.

Vor **20 Jahren** nahm der Sozialabbau durch die SPD/Grüne-Regierung Fahrt auf. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ tönte SPD-Minister Müntefering. Er meinte dabei jedoch nicht die Aktionäre und reichen Erben, sondern Arbeitslose, die oft wegen der Machenschaften der Unternehmer in diese Lage geraten waren.

Vor **10 Jahren** berichteten wir über fehlende Kita-Plätze und darüber, dass immer mehr Einrichtungen an kirchliche Träger übergeben wurden. Die Bürgermeisterin Weigel-Greilich gab als Grund an: "Wir kriegen einfach die Leute nicht." Dass am Personalmangel vor allem die schlechte Bezahlung und die mangelnde Wertschätzung schuld sind, kam ihr dabei nicht in den Sinn.

Gernot Linhart

Aktionstag "Free Ella" – Freiheit für alle Gefangenen



Am 26.11. demonstrieren Aktivisten vor dem Landgericht Gießen anlässlich der Verhaftung von *Ella* genau vor einem Jahr, die inzwischen wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstands und tätlichen Angriffs verurteilt wurde. Siehe auch <https://ella.siehe.website>

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief an: Postfach 110340, 35348 Gießen, **E-Mail:** giessen@dgp.de **Im Internet:** www.giessen.dgp.de